



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 12. Juni 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 14. Juni 2018

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Wohnungswechsel Gemeindewohnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

Seit 01.10.2017 sind die neuen Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen in Kraft. Aus unterschiedlichen Gründen hat die KPÖ diesen Richtlinien nicht zugestimmt.

Nunmehr hat sich ein weiteres Verbesserungspotential der neuen Richtlinien gezeigt: Wer um einen Wohnungswechsel ansucht, muss den neuen Richtlinien genügen, auch wenn er/sie bereits längere Zeit in einer Gemeindewohnung lebt.

Das führte in einem konkreten Fall dazu, dass das Ansuchen einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern aus Armenien, die seit 12 Jahren in einer Gemeindewohnung wohnt und aus gesundheitlichen Gründen um einen Wohnungswechsel angesucht hat, abgelehnt wurde, weil nach den neuen Richtlinien Konventionsflüchtlinge keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung haben.

Es erscheint mir nicht wünschenswert, dass manche Wohnungswechsel gleichsam automatisch abgelehnt werden, auch wenn es für die BewohnerInnen - und vielleicht auch für Wohnen Graz - sinnvoll wäre, einen derartigen Wechsel, beispielsweise von einer größeren in eine kleinere Wohnung, zu vollziehen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind Sie bereit, die Richtlinien bzw. deren Umsetzung im Sinne des Motivenberichts zu überdenken?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Dienstag, 12. Juni 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 15. März 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **Honorare der Holding für Wasserzähler-Ablesungen**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Die Holding Graz beschäftigt derzeit 11 WasserzählerableserInnen auf Vertragsbasis. Die Verträge dieser AbleserInnen werden zweimal jährlich aktualisiert. Das Honorar wurde aber bedauerlicherweise - trotz steigender Inflationsraten und Lebenshaltungskosten - seit **2009 (!)** nicht mehr angehoben.

Was sich in den letzten Jahren allerdings stark geändert hat, ist der Arbeitsaufwand für die Grazer WasserzählerableserInnen: Sie müssen – im Gegensatz zu früher – die Zählerstände jetzt doppelt notieren, nämlich sowohl am Computer als auf dem Papier. Da das Wasserwerk aus der Grazer Mitte (Lange Gasse) an den nördlichen Rand der Stadt (Andritz) gesiedelt ist, ergibt sich für die AbleserInnen ein größerer Zeitaufwand. Darüber hinaus sind die Ablesetouren in den letzten Jahren immer größer geworden (normale Schachtzähler wurden in Funkzähler umgewandelt, immer mehr Leute geben die Stände selbst bekannt ...), d.h. die Beschäftigten müssen immer weiter fahren bzw. mehr Zeit pro Zähler aufwenden.

Allfällige Risikofaktoren der Tätigkeiten müssen die Kolleginnen und Kollegen selbst tragen. Da die Tätigkeit der WasserzählerableserInnen auf Selbstständigenbasis verrichtet wird, hat sich die Personalvertretung für diese Problematik bis dato nicht zuständig gefühlt.

Die Zunahme der Inflation zwischen 2009 und 2018 um rund 20 % sowie die gestiegenen Aufwendungen der WasserzählerableserInnen würden eine Erhöhung der Honorare für WasserzählerableserInnen um 30 % mehr als rechtfertigen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind Sie bereit, auf die Verantwortlichen bei der Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH dergestalt einzuwirken, dass eine angemessene Erhöhung der Honorare der obengenannten Kolleginnen und Kollegen – analog zur Inflationsentwicklung - stattfindet?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 12. Juni 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 14. Juni 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **EU-Rat in Graz**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Österreich übernimmt aufgrund des Rotationsprinzips am 1. Juli 2018 von Bulgarien den EU-Ratsvorsitz und wird in diesem halben Jahr rund 2.000 Vorbereitungsgremien in Brüssel, 36 formelle Ratstagungen in Brüssel und Luxemburg und 13 informelle Räte in Österreich zu bestreiten haben.

Abgesehen von europa- und weltpolitischen Dimensionen ist für den Grazer Gemeinderat folgender Termin bemerkenswert: der EU-Umweltrat und EU-Verkehrsrat wird aller Voraussicht nach am 29. und 30. Oktober 2018 in Graz stattfinden.

Allerdings sickern jetzt auch die Kosten dieses österreichischen EU-Ratsvorsitzes durch. Während die Vertreter der österreichischen Bundesregierung immer mit rund 43 Millionen Euro kalkulieren, muss jedoch auf Grund von Berechnungen diverser Erfahrungswerte von 83 bis 120 Millionen Euro budgetwirksam ausgegangen werden. Gerade deswegen darf dann die Frage erlaubt sein, mit welchen Kosten die EU-Ratsveranstaltung in Graz zu beziffern ist. Mit zusätzliche Aufwendungen beziehend auf Verkehr, Organisation und Sicherheit ist logischerweise zu rechnen. Unklar ist, welche zusätzlichen Kosten hier auf die Stadt Graz zukommen bzw. ob es eine finanzielle Kompensation seitens des Bundes und Landes gibt.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Frage

Können Sie ausschließen, dass das Budget der Stadt Graz durch diese Veranstaltung zusätzlich belastet wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Donnerstag, 14. Juni 2018

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Blackout-Bedrohung durch Smart Meter**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Smart Meter kommen. Die Energie-Industrie und die dahinterstehende Lobby ESMIG (European Smart Metering Industry Group) reiben sich jetzt schon die Hände. 5,4 Mio. Zähler werden in Österreich in den kommenden Jahren ausgetauscht. Österreichweit werden die Umstellungskosten mit bis zu zwei Mrd. Euro beziffert, in der Steiermark macht dies alleine 250 Mio. Euro aus, Kosten, die schlussendlich die Endverbraucher tragen werden. Zuletzt wurde bei der Gemeinderatssitzung im Jänner eine 5,6 %ige Tarifierhöhung bei der Fernwärme beschlossen. Unter anderem werde die Erhöhung, laut Wirtschaftsplan der Energie Graz, damit begründet, dass es zu „erhöhten Investitionen (...) in die Smart Meter-Technologie“ komme.

Laut einer Studie von Ernst&Young liegt das Energieeinsparungspotential durch den Gebrauch eines Smart Meters bei einem Bedarf von 6.000 Kilowattstunden lediglich bei 1,2 bis 1,8 Prozent. Für StrombezieherInnen, die weniger verbrauchen, lohnt sich der Einsatz eines Smart Meters wirtschaftlich nicht. Ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt verbraucht 3.300 Kilowattstunden.

Neben dem Punkt, dass der Smart Meter außer zusätzlichen Kosten keine Vorteile für EndbenutzerInnen mit sich bringt, ist vor allem der Sicherheitsaspekt beachtenswert. Ein Smart Meter kann nicht nur die gesammelten Daten digital über ein Kommunikationsnetz an den betreffenden Netzbetreiber senden. Die Kommunikation findet zweiseitig statt. Sprich, der Netzbetreiber kann mittels Fernzugriff auf den Smart Meter Einfluss nehmen, beispielsweise die Ein- und Ausschaltfunktion aktivieren. So ergibt sich die Möglichkeit, dass über das benutzte Kommunikationsnetz (beispielsweise Funk) der Strom für einen Haushalt abgestellt werden kann.

Nun befinden wir uns in einer Zeit, in welcher glücklicherweise konventionelle Gefahren abnehmen, neue Gefahren, wie Cyberangriffe, jedoch leider zunehmen. Bereits drei von vier österreichischen Unternehmen waren laut einer Studie von KPMG Opfer einer Cyberattacke. Das IT-System des österreichischen Bundesheeres verzeichnet 550.000 Angriffe pro Woche. Neben dem Raub von Daten (Personendaten, Industriespionage) stehen vor allem BetreiberInnen von sensiblen neuralgischen Systemen im Fokus von Hackergruppen, wie es z. B. Energieversorger sind. Hacker könnten sich Zugang zu der Fernabschaltungsfunktion des Smart Meters verschaffen und somit ganze Städte lahmlegen und so ein Blackout auslösen. Man bedenke: ohne Strom kein Telefon, kein Radio, keine Informationen. Die Folgen wären fatal und würden zu einem Total-Kollaps führen.

Durch die flächendeckende Installation von Smart Metern in den Grazer Haushalten (selbst wenn ein Haushalt die Opt-Out-Möglichkeit nutzt, bleibt die Kommunikation zwischen Smart Meter und Netzbetreiber aufrecht) steigt die Gefahr eines Blackouts durch einen bewusst verursachten Stromausfall erheblich.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in Ihrer Funktion als Bezirkshauptmann, verantwortlich für Bevölkerungsschutz und Krisenprävention, zum Schutz der Grazer Bevölkerung gesetzt bzw. werden Sie setzen, um dem erhöhten Gefahrenpotential durch die flächendeckende Installation von Smart Metern zu begegnen? Inwieweit wird die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts durch die flächendeckende Installation von Smart Metern in Graz erhöht? Können Sie die mittelbaren und unmittelbaren Folgen eines flächendeckenden Blackouts bzw. längerfristigen Stromausfalles in Graz darlegen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 14. Juni 2018

Antrag

Betrifft: **Girardi-Haus**

Für Freunde und Liebhaber des historischen Graz ist es sehr schmerzlich, zusehen zu müssen, wie das Geburtshaus des großen Volksschauspielers Alexander Girardi – einst traditionsreiches Kellerlokal – Stück für Stück verfällt. Wenn nicht bald eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird, ist es für das denkmalgeschützte Gebäude endgültig zu spät.

Im April wurde der 100. Todestag von Alexander Girardi begangen. Vielleicht bietet dieses Jubiläum einen neuen Anstoß, um endlich eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Einen Versuch sollte es auf alle Fälle nochmal geben, bevor es für das denkmalgeschützte Gebäude endgültig zu spät ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Bürgermeister Nagl und der zuständige Stadtsenatsreferent Eustacchio werden aufgefordert, mit dem Eigentümer des Girardi-Hauses sowie Vertretern der ASVK und des Bundesdenkmalamtes eine rasche Lösung für den Erhalt des bereits verfallenden Objekts zu finden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 14. Juni 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Finanzielle Kürzung bei der Familienberatung**

Im Wissen um die wichtigen Funktionen der Familie wurde 1974 die Förderung der Familienberatung in Österreich eingeführt. Nach bundesgesetzlicher Vorgabe ist es Aufgabe der Familienberatungsstellen, die körperliche, soziale und psychische Gesundheit von Familien, Paaren und Kindern abzusichern. Die Familienberatung unterstützt demzufolge Familien besonders in Krisen- und Konfliktsituationen (bei Erziehungsproblemen, Streit in der Familie, Misshandlung und Gewalt, in Trennungssituationen etc.). Der gesamte Tätigkeitsbereich der dafür eingerichteten Beratungsstellen gewinnt durch die allgemein wachsenden Belastungen und immer schwieriger werdende Lebensbedingungen in seiner Präventionsarbeit mehr und mehr an Bedeutung.

Dennoch hat die derzeitige Bundesregierung bei den 400 bestehenden Familienberatungsstellen eine Kürzung der Unterstützung aus dem Familienlastenausgleichsfonds um eine Million Euro vorgenommen. Die Kürzung des Budgets für Familienberatungsstellen hat zur Folge, dass diese um 26.000 Beratungsstunden weniger anbieten können. Davon sind 18.000 Familien in Österreich betroffen! Der Dachverband der Familienberatung verweist auf die volkswirtschaftlichen Kosten infolge mangelnder Beratungsmöglichkeiten: Ein Ansteigen von psychischen Folgeerkrankungen (Depression, Angst- und Panikstörungen, Erschöpfungssyndrom, Suchtgiftgefährdung), Aggression und Gewaltbereitschaft ist zu erwarten.

Im Sinne der Volksgesundheit, im Sinne von notwendiger, sinnvoller Prävention und damit 18.000 gefährdete Familien auch weiterhin in ausreichendem Umfang betreut werden können stelle ich daher seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die österreichische Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg ersucht, die o. e. Kürzungen zurückzunehmen und den Familienberatungsstellen das Budget wieder in der Höhe des bis zum Vorjahr dafür vorgesehenen Rahmens zur Verfügung zu stellen.